

Moderner bürgerlicher Konservatismus

*Warum die Union wieder mehr
an ihre Wurzeln denken muss*

von

Stefan Mappus, MdL

Dr. Markus Söder, MdL

Philipp Mißfelder, MdB

Hendrik Wüst, MdL

I. Warum die Diskussion über das Bürgerlich-Konservative notwendig ist

Liberal, sozial und bürgerlich-konservativ – das sind die Wurzeln der Union. Die Union kann nur erfolgreich sein, wenn sie diese drei geistig-politischen Grundlagen ihrer Politik gleichwertig herausarbeitet und vermittelt. In der öffentlichen Wahrnehmung ist das bürgerlich-konservative Element aber in den Hintergrund getreten, weil die große Koalition zu vielen Kompromissen zwingt. Eine sichtbare Akzentuierung auch ihrer bürgerlich-konservativen Wurzel ist aber für die Mehrheitsfähigkeit der Union von zentraler Bedeutung. Nur mit einem klaren Profil, das bürgerlichem und konservativem Denken eine Heimat gibt, kann die Union ihr Wählerpotenzial voll ausschöpfen. Schließlich ist das Bürgerlich-Konservative das wesentliche Alleinstellungsmerkmal der Union. Dadurch unterscheidet sie sich von allen anderen Parteien.

Die Menschen in Deutschland suchen nach stabiler Bindung und Zugehörigkeit, nach Verlässlichkeit und Selbstgewissheit. Je mehr uns die globale Welt herausfordert, umso wichtiger ist es, wieder genauer zu wissen, wo wir herkommen und wer wir sind. Gefragt sind Identität und Beständigkeit. Gefragt ist eine Reformpolitik, die die Gewissheit vermittelt, dass das Leben nach den Reformen sicherer und verlässlicher ist und nicht schwieriger und unsicherer. Nach Jahren der Beliebigkeit und des Relativismus von Rot-Grün entsteht mitten in der Gesellschaft ein neuer, starker Wunsch nach dauerhaften Orientierungen. Die Union ist die einzige Kraft, die darauf glaubwürdige Antworten geben kann.

CDU und CSU sind Volksparteien. Sie stehen für Freiheit und Gerechtigkeit. Das christliche Menschenbild ist die Richtschnur ihres politischen Handelns. Unsere Politik für die Soziale Marktwirtschaft, die Westbindung, die Europäische Union, die Deutsche Einheit und die wehrhafte Demokratie haben unser Land geprägt. Diesen erfolgreichen Weg von Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Helmut Kohl, Franz-Josef Strauß, Angela Merkel und Edmund Stoiber wollen wir als Union fortsetzen.

Außenpolitisch bleiben neben der Vollendung der europäischen Einigung die Freundschaft zu den Vereinigten Staaten und zu Israel unsere bestimmenden Prinzipien. Mit beiden Ländern pflegt Deutschland seit Jahrzehnten besonders enge Beziehungen. Wir sind uns unserer Verantwortung, die aus dem Holocaust erwächst, bewusst und stehen daher fest an der Seite Israels.

Gerade weil Deutschland derzeit anscheinend nach links rückt, muss eine bürgerliche Alternative erkennbar sein. Das Beispiel Frankreich zeigt, dass mit bürgerlichen und wertkonservativen Positionen Wahlen zu gewinnen sind. Stark, erfolgreich und kompetent ist die Union überall dort, wo sie ihre Positi-

on klar markiert und wo die Menschen unmissverständlich wissen, wofür sie steht. Unsere Politik muss identifizierbar sein. Sie braucht eine unverwechselbare Handschrift. Wir dürfen uns nicht nur auf Kompromisse im politischen Tagesgeschäft zurückziehen. Nur so werden CDU und CSU die kommende Bundestagswahl mit Angela Merkel als Kanzlerin einer bürgerlichen Regierung mit der FDP gewinnen.

Bereits seit der Bundestagswahl 2005 gibt es eine parlamentarische Mehrheit links der Mitte, die allerdings aufgrund persönlicher Verwerfungen keine Koalition hervorgebracht hat. Angesichts einer erneut drohenden linken Mehrheit ist die Bundestagswahl 2009 eine der wichtigsten Richtungsentscheidungen seit den fünfziger Jahren. Es geht um die Frage: Wohin steuert Deutschland? Wenn die Union bei dieser Wahl über 40 Prozent erzielen will, braucht sie die politische Mitte. Sie muss aber vor allem auch ihre Stammwähler mobilisieren. Um dieses Ziel zu erreichen, muss sie auch für heimatverbundene Patrioten, überzeugte Christen und wertbewusste Konservative die politische Heimat bleiben. Rechts von der Union darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben. Dafür ist auch ein klares, bürgerlich-konservatives Profil notwendig. Es gilt mehr denn je der Appell von Franz Josef Strauß: „Eine Partei muss immer Alternative bleiben und darf nie zur bloßen Variante werden.“ Dazu soll dieses Strategiepapier neben den Grundsatzprogrammen von CDU und CSU einen Beitrag leisten.

II. Moderner bürgerlicher Konservatismus: Zeiten des Wandels brauchen Werte und Identität

Bürgerliche und konservative Werte sind in Deutschland weiterhin ein Leitbild. Umfragen zeigen, dass nach wie vor neun von zehn Deutschen Tugenden wie Ehrlichkeit, Verlässlichkeit, Fairness, Fleiß, Disziplin, Treue, Respekt und Anstand für wichtig halten. Ein moderner, bürgerlicher Konservatismus ist im Kommen, auch und gerade unter Jüngeren. Der kulturelle Bruch durch die 68er hat wenig Zukunftsperspektiven eröffnet. Die 68er haben vor allem Bestehendes negiert und Bewährtes diskreditiert. Neues haben sie nicht aufgebaut. Ihre fundamentale Ablehnung von Leitbildern und wertsetzenden Institutionen wie Kirche, Schule oder Elternhaus war ein Irrweg. Der Unterschied zwischen Bürgerlich-Konservativen und Linken ist und war: Wir haben Leitbilder und Überzeugungen, sind aber pragmatisch statt doktrinär. Wir stricken nicht an weltfremden Gesellschaftstheorien oder Ideologien, sondern gehen aus von der tatsächlichen Lebenswirklichkeit und von den Bedürfnissen der Menschen.

Moderner bürgerlicher Konservatismus ist nicht nur ein intellektuelles Gerüst, sondern eine Lebensphilosophie. Bürgerlich-konservative Werte stehen gerade bei den wahren Leistungsträgern unserer Gesellschaft hoch im Kurs. Es sind diese Menschen, die unser Land in Gang halten und nach vorne brin-

gen: Busfahrer und Krankenschwestern, Polizisten und Lehrer, Handwerker und Kaufleute, Arbeiter, Angestellte, Unternehmer und viele andere. Sie stehen ihr Leben lang früh auf, arbeiten hart und meistern engagiert ihr Leben. Sie sind die Mitte unserer Gesellschaft. Ihnen schuldet die Politik wieder mehr Aufmerksamkeit.

Rot-Grün ist vor allem deswegen gescheitert, weil eine gesellschaftspolitische Gesamtschau, eine Erdung fehlte. Denn zunehmende Bürokratie schafft keinen einzigen Arbeitsplatz. Sozialneid sichert nicht unsere sozialen Sicherungssysteme. Eine Individualisierungseuphorie vergisst die Familien. Beliebigkeit bietet keine kulturelle Identität. Und der Kampf gegen die Kernenergie gibt keine Antwort auf den Klimawandel.

Grundlage unserer Politik ist das christliche Menschenbild. Das „C“ im Namen der Unionsparteien verpflichtet besonders. Es hat den ganzen Menschen, die ganze Gesellschaft im Blick. Bürgerlich-konservative Politik ist standhaft, aber nicht beharrend, offen aber achtsam, vorurteilsfrei aber wertebestanden. Sie bedenkt die Zukunft und achtet nicht nur auf den Zeitgeist. Sie hat erfahrungsgebundene Maßstäbe, anhand derer sie das Kommende bewerten kann. Sie erkennt Chancen und lässt Neues zu, baut aber auf Bewährtem auf. Das unterscheidet uns von Strukturkonservativen und Reaktionären: „Konservativ im Herzen – progressiv im Geist!“

Das 21. Jahrhundert stellt die Politik vor große Herausforderungen, die der Sozialen Frage des 19. und dem Wettbewerb der Systeme in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vergleichbar sind. Der zunehmende Werteverlust, die Globalisierung, der Klimawandel und die demographische Entwicklung werden uns die nächsten Jahrzehnte beschäftigen.

Zunehmender Werteverlust:

Anonymität, Gleichgültigkeit und Egoismus nehmen in unserer Gesellschaft immer mehr zu. Sie gehen einher mit einer zunehmenden Säkularisierung. Manchen Menschen ist buchstäblich nichts mehr heilig. Religion ist für einen beachtlichen Teil der Gesellschaft unwichtiger geworden. Dies führt zu einer Erosion bürgerlicher Werte. Zunehmende Gewaltbereitschaft, Vandalismus, Indifferenz und Rücksichtslosigkeit sind Beispiele für einen fortschreitenden Werteverlust in unserer Gesellschaft. Wer sich Freiheiten und Vorteile auf Kosten anderer ertrotzt, untergräbt die Solidarität in der Gesellschaft. Vermeintlicher Modernismus und Relativismus haben zu einem Verlust an Gemeinsinn geführt. Konsum geht oft

vor Engagement. Viele Menschen fürchten sich davor, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.

Demographische Krise der kinderarmen Gesellschaft:

In Deutschland gibt es zu wenig Kinder. Gleichzeitig altert unsere Gesellschaft. Obwohl die steigende Lebenserwartung eine überaus erfreuliche Tatsache ist, bringt der demographische Wandel insgesamt für die Zukunft enorme soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme mit sich. Die Entwicklung hin zur „kinderlosen Gesellschaft“ ist nicht zuletzt Folge des kulturellen Bruchs der 68er-Generation. Zu lange wurde Familie als spießiger Ort autoritärer Unterdrückung verunglimpft. Die hedonistische Selbstverwirklichung stand über allem.

Lebensgrundlagen in Gefahr:

Ökologische Risiken wie der Klimawandel bedrohen Lebensqualität, Gesundheit und Zukunftschancen. Der Mensch hat seit Beginn der Industrialisierung massiv in die Umwelt eingegriffen. Der jüngste Weltklimabericht der Vereinten Nationen kommt zu einem klaren Ergebnis: Die Auswirkungen des globalen Klimawandels sind erheblich, und sie sind auch direkt in Europa und in unserem Land spürbar. Bis zum Ende des Jahrhunderts sollen die Temperaturen in Deutschland im Vergleich zu den vergangenen 50 Jahren um mehr als vier Grad Celsius steigen. Die Folge sind extreme Wetterlagen, heftige Stürme und starke Niederschläge. Die messbare Erwärmung wird sich vor allem auf die Alpen und auf die norddeutschen Küstenregionen auswirken. Der Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung bedeutet für unsere Politik: Der Mensch darf die Natur für sich nutzbar machen. Er hat zugleich aber auch die Verantwortung, die Erde zu pflegen und für kommende Generationen zu erhalten.

Druck der Globalisierung:

Die Menschen nehmen den Druck der Globalisierung wahr. Sie erfahren tagtäglich in ihrer Arbeitswelt, dass sie in einem nie zuvor dagewesenen Wettbewerb stehen. Sie erleben Entgrenzung, Beschleunigung und Unübersichtlichkeit an ihrem Arbeitsplatz, in den Medien, im kulturellen Leben. Sie wissen: Der überdehnte und klassische Wohlfahrtsstaat der alten Bundesrepublik gibt darauf nicht die ausrei-

chenden Antworten, hat nicht mehr die Kraft zum vermeintlich gerechten Ausgleich von Disparitäten. Der verteilende Sozialstaat hilft den Schwachen immer weniger, sich selbst zu helfen. Er hat in der Vergangenheit zu große Erwartungen geweckt und zu viel Vertrauen enttäuscht. Der Glaube an den Staat als umfassende Wohlfühl- und Fürsorgeagentur hat weder Freiheit noch Gerechtigkeit verwirklicht. Er hat Freiheit genommen, ohne Sicherheit geben zu können. Die Globalisierung ist nicht auf unsere Wirtschaftswelt begrenzt. Sie ist auch eine kulturelle Herausforderung.

Antworten auf diese zentralen Herausforderungen kann nur ein moderner bürgerlicher Konservatismus geben. Die deutsche Linke ist daran gescheitert. Sozialneid, Technologiefeindlichkeit, Gleichmacherei und multikulturelle Beliebigkeit schaffen nur Probleme, statt sie zu lösen. Dabei braucht es einen Kompass und politische Leitbilder, um diese Herausforderungen zu bewältigen.

III. Fünf Eckpunkte für einen modernen bürgerlichen Konservatismus

1. Klare Werte – starker Zusammenhalt

Das Bekenntnis zur eigenen Kultur – zu Werten, Traditionen, Geschichte, Sprache und Brauchtum – ist in Zeiten zunehmender Globalisierung von großer Bedeutung. Dies ist keine Anmaßung. Denn „Identität“ heißt nicht, besser zu sein als andere. Sie ist das Fundament unseres Zusammenlebens. Nur wer den Wert seiner eigenen Kultur kennt, ist zur Toleranz gegenüber anderen fähig. Kulturelle Vergewisserung ist eine starke Quelle von Zusammenhalt und Identität. Wir müssen uns fragen, ob die Kenntnis unserer eigenen Kultur, unserer Bräuche und Traditionen in unserer Gesellschaft nicht zu sehr in Vergessenheit gerät. Nur noch eine Minderheit kennt etwa die Bedeutung und den Ursprung christlicher Feiertage wie Pfingsten. Eine enge Beziehung zur Heimat, ein lebendiges Brauchtum, unsere reichen regionalen Traditionen und die Vielfalt unserer Mundarten bereichern unser Leben und können gerade in der globalisierten Welt eine wichtige sinnstiftende Kraft sein.

Unsere Kultur basiert vor allem auf einer wertgebundenen und verantwortungsvoll genutzten Freiheit. Bereits Joseph von Eichendorff schrieb: „Keine Verfassung garantiert sich selbst.“ Nicht der abstrakte Staat, sondern die konkret gelebten Werte der Bürgerinnen und Bürger sichern letztlich unsere Demokratie und Freiheit. Und diese Werte erhalten die Bürger jenseits des Politischen. So ist der Glaube zwar eine sehr persönliche Angelegenheit, er hat aber mitunter erhebliche öffentliche Auswirkungen.

Menschliche Teilhabe, die Achtung der personalen Würde oder auch eine Friedensbotschaft enden nicht an der Kirchenpforte.

Aus diesem Grund hat bürgerlich-konservative Politik ein lebendiges Interesse, die Religionsausübung zu fördern. Deshalb bekennt sie sich zum Religionsunterricht an öffentlichen Schulen und verhindert ihn nicht – wie in Berlin. Auch christliche Symbole wie das Kreuzifix müssen ihren Platz im öffentlichen Raum behalten. Zu unserer christlich geprägten Kultur der Menschenwürde gehört ganz entscheidend auch die Achtung des menschlichen Lebens von seinem Anfang und bis zu seinem Ende. So haben ungeborenes Leben und sterbende Menschen besonderen Anspruch auf Schutz und Respekt. Auch dafür wollen wir eintreten.

Christlich-abendländische Werte sind Grundlage unserer Leitkultur. Dies ist kein Ausdruck mangelnder Toleranz. Es wirft vielmehr die Frage auf, ob die vorbehaltlose Anerkennung des Anderen nicht erst der Prüfung an den eigenen Werten bedarf. Anders gesagt: Nicht jedes Lebens- oder Gesellschaftsmodell verdient es, im Zeichen der Pluralität gleichermaßen gefördert zu werden. Die aus dem christlichen Menschenbild entstandenen Menschenrechte sind universell gültig und dürfen nicht in Frage gestellt werden.

Deshalb bekennt sich eine bürgerlich-konservative Politik auch zur deutschen Leitkultur. Voraussetzung für eine Zuwanderung ist das Bekenntnis zu unseren Wertmaßstäben. Wer dieser Diskussion ausweicht, der bereitet den Boden für den politischen Extremismus. Deutschland muss tolerant und offen sein. Doch Integration kann nur gelingen, wenn der Wille dazu auf allen Seiten vorhanden ist. Dazu gehören vielfältige Angebote für ausländische Mitbürger wie Integrationskurse, die Vermittlung staatsbürgerlicher Grundkenntnisse und vor allem Deutschkurse für Kinder und Erwachsene – insbesondere auch für die Mütter. Wichtigster Ausdruck unserer Wertordnung ist das Grundgesetz. Es ist geprägt von der unbedingten Achtung der Würde des Menschen, von seinen persönlichen Rechten, von der Gleichberechtigung der Geschlechter, von den Freiheits- und Abwehrrechten gegen den Staat, aber auch von den Bürgerpflichten. Ohne diesen Konsens kann es kein gemeinsames Miteinander geben. Deshalb darf, wer unsere Rechtsgrundlagen und Werte ablehnt, die deutsche Staatsbürgerschaft nicht erhalten. Der deutsche Pass kann nur als Abschluss und nicht als Beginn einer erfolgreichen Integrationspolitik stehen. Wer unsere Rechtsordnung fortgesetzt missachtet, muss abgeschoben werden. Wir müssen die Entstehung von Parallelgesellschaften verhindern. Die rot-grüne Multi-Kulti-Idee ist gescheitert. Entscheidend für die Integration ist die Kenntnis der deutschen Sprache. Nur wer deutsch spricht, hat Aussicht auf Erfolg in Bildung und Beruf und auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Deshalb müssen

ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache die Voraussetzung für die Einschulung sein. Auch der Nachzug von Ehepartnern muss an Deutschkenntnisse geknüpft sein.

Deutschland erbringt hohe finanzielle Aufwendungen für die Integration. Trotz alledem: Die Integrationsfähigkeit unseres Landes hat Grenzen. Keine Gesellschaft kann Menschen anderer kultureller Prägung in beliebiger Zahl aufnehmen. Deshalb gilt: Wir bekennen uns zum Asylrecht für tatsächlich politisch Verfolgte. Wir wollen jedoch den Umfang der Zuwanderung entsprechend den Interessen unseres Landes begrenzen und steuern. Unser Land muss für Spitzenkräfte offen sein. Wir lehnen aber eine Zuwanderung ab, die unsere Sozialsysteme belastet.

Auch einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union stehen wir ablehnend gegenüber, denn sie würde die Integrationskraft der EU überfordern. Die Türkei ist seit Jahrzehnten unser Partner und Brücke zwischen Europa und Asien – daher ist die privilegierte Partnerschaft der einzig richtige Weg. Dies muss die EU der Türkei auch ehrlich mitteilen.

2. Familien fördern

Die Familie ist und bleibt das Fundament unserer Gesellschaft. Das Miteinander der Generationen, gegenseitige Rücksichtnahme und Verantwortung werden dort besonders intensiv gelebt. Kurz: Die Familie ist der Nukleus für eine positive Entwicklung im 21. Jahrhundert.

Das Zusammenleben von Menschen in Ehe und Familie ist die von unserer Verfassung besonders geförderte Gemeinschaft im Raum privater Freiheit. Gerade bürgerlich-konservative Politik ist deshalb der Familie besonders stark verpflichtet und sieht eine familiengerechte Politik als wichtigste Gemeinschaftsaufgabe.

Die Union muss allen Familien ein Angebot machen. Wir wollen, dass Familien in Deutschland gut leben können. Deshalb brauchen wir einen gemeinsamen Aufbruch für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit in allen Bereichen der Gesellschaft: Im Steuerrecht und in der Sozialgesetzgebung, in Wirtschaft und Arbeitswelt, in unseren Behörden, im Kultur- und Freizeitbetrieb.

Es gibt Nachholbedarf, und es müssen die Betreuungsangebote für Kinder zwischen einem und drei Jahren deutlich ausgebaut werden, um gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen Rechnung

zu tragen und um Familie und Beruf für Eltern leichter vereinbar zu machen. Wer sein Kind in eine Krippe geben will oder geben muss, soll einen Platz finden. Viele Bundesländer, darunter Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen, stellen dafür schon heute erhebliche Mittel bereit. Alle anderen Bundesländer sollten diesem Beispiel folgen. Zahlreiche Eltern brauchen diese Möglichkeit. Es ist gut, dass die Politik diesen Bedarf erkennt und entschlossener handelt als zuvor. Und es ist die Union, die der Familienpolitik im Bund nach sieben verlorenen Jahren unter Rot-Grün diese neuen, zeitgemäßen und notwendigen Impulse gibt.

Wer eine Familie gründet, entscheidet sich für einen bestimmten Lebensentwurf und für ganz bestimmte Werte. Wer sich Kinder wünscht, tut das aus einer Haltung heraus. Junge Mütter und Väter wissen in aller Regel, dass Erziehung fordert und Verantwortung bedeutet. Sie sehen im Familienleben und in der Erziehungsarbeit eine lohnende und wertvolle Aufgabe, die Erfüllung und Bereicherung bedeutet. Deshalb müssen wir darauf achten, dass wir Familie nicht nur noch unter wirtschaftlichen und finanziellen Aspekten diskutieren. Zu oft geht es in der familienpolitischen Debatte nicht darum, wie Kinder bei uns gut aufwachsen können, sondern nur um die Frage: Wie können wir Familie möglichst effizient an die Erfordernisse der Arbeitswelt anpassen? Wer an Maschinen oder Computern arbeitet, gilt in unserer Gesellschaft als produktiv. Die Arbeit für Menschen in der Familie verliert dagegen immer mehr an Anerkennung. Bürgerlich-konservative Familienpolitik muss diesem Trend entgegentreten.

Die meisten Kinder leben nicht automatisch dort, wo die meisten Betreuungsangebote sind. Deshalb darf die Diskussion auch nicht beim Ausbau von Kinderbetreuung stehen bleiben. Wirklich familienfreundlich ist eine Gesellschaft dort, wo sie junge Paare umfassend ermutigt, Verantwortung für Kinder zu übernehmen, wo sie Familien Freiheit gibt und wo sie das erzieherische Engagement von Eltern fördert und anerkennt.

Neue Formen des Zusammenlebens sind Realität und haben jeden Respekt. Doch Tatsache ist: Die große Mehrheit der Kinder in Deutschland kommt nach wie vor in „klassischen“ Familien mit verheirateten Eltern zur Welt. Die Ehe ist ein Erfolgsmodell und gelebtes Leitbild der Mehrheit. Die Familie wird auch in Zukunft der wichtigste Lebensentwurf sein und auch Keimzelle unseres Gemeinwesens bleiben. Die Menschen entscheiden sich ganz bewusst für diesen Lebensentwurf. Die Aufgabe der Politik ist es, die Wahlfreiheit sicherzustellen. Wir wollen den Menschen nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben. Die Familien sollen selbst entscheiden, wie sie die Erziehung organisieren. Wer sein Kind zu Hause selbst betreut, soll sich dafür auch in Zukunft nicht rechtfertigen müssen. Im Gegenteil – Grundlage unserer Politik muss bleiben: Familie entscheidet über Familie, und nicht der Staat. Wir wollen eine

echte Wahlfreiheit, basierend auf der Wahlmöglichkeit im Rahmen gerechter Grundbedingungen für alle. Dieser Gedanke schließt mit ein, dass alle Familien eine entsprechende staatliche Förderung erhalten. Dies gilt also für Familien, die externe Betreuungsmöglichkeiten nutzen genauso wie für Familien, die ihr Kind zu Hause betreuen. Deshalb müssen auch diese Familien mit einem Betreuungsgeld unterstützt werden. Und wir trauen den Familien auch zu, dass es familienbezogen eingesetzt wird.

Der programmatische Grundgedanke der Union frei nach Ludwig Erhard war und ist: So viel Staat wie nötig, so wenig Staat wie möglich. Dies muss zukünftig wieder stärker herausgestellt werden – auch in der Familienpolitik. Gerade hier muss es die Möglichkeit zu mehr Eigenverantwortung und Selbstbestimmung geben.

Wir müssen den Familien ausreichende finanzielle Spielräume eröffnen, um ihr Familienleben tatsächlich frei zu gestalten. Dazu müssen wir den Familien mehr von ihrem eigenen Geld lassen. Dies ist effektiver, als möglichst viel Geld umzuverteilen. Die Umsetzung dieses Konzepts wäre ein echter und umfassender Durchbruch – für mehr Gerechtigkeit und mehr Wahlfreiheit für die Familien in unserer Gesellschaft.

Die Union hat in ihrem Wahlprogramm 2005 die Einführung von Freibeträgen in Höhe von 8.000 Euro für jedes Familienmitglied beschlossen. Eine vierköpfige Familie müsste dann unter Berücksichtigung sonstiger pauschaler Abzüge erst ab einem Jahreseinkommen von 38.200 Euro Steuern bezahlen. Dieses Ziel war in der großen Koalition nicht zu verwirklichen. Dieses ehrgeizige Ziel bleibt aber weiterhin bestehen und muss in einer anderen Konstellation durchgesetzt werden.

3. Bewahrung der Schöpfung

Die Bewahrung der Schöpfung ist ein bürgerlich-konservatives Kernanliegen. Durch den Klimawandel und neue technologische Erkenntnisse steht die Umweltpolitik vor einem Paradigmenwechsel. Der Klimaschutz erfordert in vielen Bereichen neues Denken. Die ideologischen Schablonen aus den siebziger Jahren haben uns nicht weitergebracht. Die Soziale Marktwirtschaft muss um die ökologische Komponente erweitert werden. Nicht nationale Verbote oder ideologische Kämpfe vergangener Zeiten lösen die zukünftigen weltweiten Umweltprobleme. Stattdessen brauchen wir einen klaren Ordnungsrahmen im Umgang mit unserer Natur. Dieser Ordnungsrahmen muss durch Anreize die Umweltverschmutzung verringern, durch Regelungen den menschlichen Eingriff in die natürlichen Lebensgrundlagen begren-

zen und Innovationstechnologien fördern. Eine zentrale Herausforderung für diese ökologische Ordnungspolitik ist eine wirkungsvolle Klimaanpassungsstrategie. Dies gilt gerade für unsere Energiepolitik. 80 Prozent der in Deutschland freigesetzten klimaschädlichen Emissionen sind energiebedingt.

Neben dem bewährten Energiemix müssen wir bei unserer Energiepolitik kreativere und phantasievollere Wege gehen. Die fossilen Ressourcen sind zu wertvoll, um sie nur zu verfeuern. Bis wir das Ziel erreichen, auf ihren Einsatz vollständig zu verzichten, muss dieser auf dem höchsten Stand der Umwelttechnologie stattfinden. Auch auf die Kernenergie kann auf absehbare Zeit nicht verzichtet werden. Gerade die Substituierung der Kernkraft durch Kohle- und Gaskraftwerke ist ökologisch ein fataler Irrweg. Deshalb setzen wir uns für eine Laufzeitverlängerung der bestehenden Kraftwerke ein. Allein eine Verlängerung um acht Jahre könnte eine Milliarde Tonnen CO₂ einsparen. Die Kernenergie ist weiterhin eine wichtige Technologie, bis Alternativen in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Neben der Sicherheit müssen Umweltverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit dabei gewährleistet sein.

Bei der Entwicklung umweltfreundlicher Technologien nimmt Deutschland bereits heute eine Spitzenstellung ein. Die Forschungsförderung auf diesem Gebiet muss ausgebaut werden. Wind- und Sonnenenergie können nicht alleine die Antwort im Hinblick auf erneuerbare Energien bei der Strom- und Wärmegewinnung sein. Die verstärkte Entwicklung regenerativer Energien muss in den Mittelpunkt der Technologiepolitik gerückt werden. So setzt sich eine moderne bürgerlich-konservative Umweltpolitik für die Erweiterung der Wasserstofftechnologie ein: Die Entwicklung grüner Motoren ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Wir wollen der Wasserstoff- und Hybridtechnologie im Automobilbereich zum Durchbruch verhelfen. Ein wichtiger Schritt dabei wird zum Beispiel der Aufbau eines flächendeckenden Wasserstoff-Tankstellennetzes bis 2020 sein. Denn nur, wenn die Nutzer die Chance haben, im ganzen Land den Treibstoff zu erhalten, wird sich diese Technik durchsetzen.

Auch müssen Geothermie und Biomasse ein stärkeres Gewicht in unserer Energiepolitik erhalten. Wir wollen die Rahmenbedingungen verbessern, damit die Erdwärme stärker als bisher zur Wärmegewinnung genutzt wird. Die Biomasse ist nicht nur eine Alternative zu fossilen Brennstoffen – sie kann auch für die Stromerzeugung genutzt werden. Der Landwirt der Zukunft wird auch Energiewirt sein.

Eine ökologische Ordnungspolitik muss aber auch Anreize und Regeln setzen, um effizienter mit unserer Energie umzugehen. Dies gilt insbesondere für den Flugverkehr und bei Gebäuden. Das heißt, wir setzen uns für eine internationale Angleichung der Besteuerung von Flugbenzin ein. Auch in der Steige-

rung der Energieeffizienz von Gebäuden steckt ein riesiges Potenzial zur CO₂-Minderung. Dazu braucht es neue und unkonventionelle Maßnahmen. Beispielsweise könnten Altbausanierungen, die im Ergebnis Energie sparen, von der Erbschaftsteuer abzugsfähig gemacht werden. Für alle neuen Gebäude sollte eine Pflicht eingeführt werden, die Wärme für Heizung und Warmwasser zu einem bestimmten, zukünftig steigenden Prozentsatz aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Die Pflicht, erneuerbare Energien einzusetzen, soll auch für Altbauten gelten, bei denen im Rahmen einer grundlegenden Sanierung die Heizung ausgetauscht wird.

Eine moderne bürgerlich-konservative Umweltpolitik beschränkt sich aber nicht auf nationale Grenzen. So ist die Bundesregierung auf dem richtigen Weg, die internationale Umweltzusammenarbeit über das Kyoto-Protokoll hinaus zu intensivieren und auszubauen. Ein wichtiger Schritt ist dabei, die umweltpolitischen Maßnahmen bei der internationalen Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ressorts – insbesondere dem Entwicklungshilfe-, dem Wirtschafts- und dem Außenministerium – besser zu bündeln. Zum anderen müssen internationale Umweltstandards als elementares nationales Interesse in der deutschen Außenpolitik festgeschrieben werden. Die Einhaltung von Umweltstandards muss neben der Menschenrechte auch bei der Bewilligung der Entwicklungshilfe maßgeblich sein.

Unsere bürgerlich-konservative Politik lehnt eine ideologische Technologiefeindlichkeit ab, verfällt aber auch nicht in einen blinden Technologiewahn. Für uns ist der Mensch als Teil der Schöpfung dazu verpflichtet, diese zu bewahren und zu erhalten. Wenn der Mensch in die Natur eingreift, muss es dafür gute Gründe geben. Dies gilt auch für die Grüne Gentechnik. Hier sollte man sehr sensibel vorgehen. Einmal in Gang gesetzte Prozesse sind nicht mehr zu stoppen. Deshalb muss der Grundsatz gelten: Sicherheit geht vor Marktinteressen. Nur eine vollständig ausgereifte Technologie darf letztlich auch zum Einsatz kommen. Deswegen sagen wir ja zur Forschung, lehnen aber den vorschnellen Einstieg in die kommerzielle Nutzung ab. Wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst.

4. Neubelebung der Sozialen Marktwirtschaft

Die Umbrüche der Globalisierung haben Verunsicherung erzeugt. Millionen Menschen mussten in den vergangenen Jahren um ihren Arbeitsplatz kämpfen oder haben ihn verloren. Viele haben Einschnitte bei Lohn und Arbeitszeit hingenommen und sorgen sich um die wirtschaftliche Basis ihrer bürgerlichen Freiheit. Sie suchen neue Sicherheit. Unsere Politik muss darauf reagieren und die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft als Rahmen für wirtschaftliche Leistungskraft und soziale Ver-

antwortung engagiert vertreten. Doch nicht die Reformpolitik hat den Sozialstaat an seine Grenzen gebracht, sondern die Übertreibung der Leistungsansprüche und eine selbstgerechte Überhöhung politischer Reformarbeit, die zu häufig eine „Jahrhundertreform“ nach der anderen feierte, nicht selten aber fast zeitgleich mit Nachbesserungen beginnen musste.

Die Menschen in der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft bekennen sich zu Leistung und Eigenverantwortung. Sie wollen den Wandel mitgestalten und ihren Teil dazu beitragen, dass Deutschland dynamischer wird und wettbewerbsfähig bleibt. Im Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik stehen die „Helden des Alltags“, die hart arbeiten, um ihre Familie zu ernähren. Das Gerechtigkeitsempfinden und die Vernunft dieser breiten Mehrheit der Bürger muss Leitlinie einer Politik jenseits von Bürokratisierung und Reglementierung sein. Diese Menschen aus der Mitte der Gesellschaft wollen keine leeren Versprechen, aber sie wollen Verlässlichkeit und Gerechtigkeit. Wer zu Recht mehr Eigenverantwortung fordert, muss den Menschen auch mehr Sicherheit geben. Politik hat den Menschen vorgegaukelt, der Staat könne allumfassende soziale Absicherung gewährleisten. Eine Politik der neuen Sicherheit verlangt Eigeninitiative, Eigenvorsorge und Selbstverantwortung. Sie bietet dafür aber eine sichere und verlässliche Lebensperspektive an. Diese Politik kann den Menschen die Perspektive bieten, dass nach den Reformen das Leben planbarer, verlässlicher und sicherer ist und nicht unsicherer und schwieriger. Dann wird die Mitte der Gesellschaft weiter offen sein für notwendige Veränderungen.

Ein funktionierender Wettbewerb sichert Wohlstand. Arbeitsplätze und nachhaltiges Wachstum entstehen nur in einer freien, wettbewerblich und unternehmerisch organisierten Wirtschaft. Wo Wettbewerb aber maßlos wird und bedingungslosem Vorteils- und Gewinnstreben weicht, wo einseitig Wirtschaftsinteressen an die Stelle von Gemeinwohlinteressen treten, gefährdet das Freiheit und Solidarität in der Gesellschaft und damit auch die Voraussetzungen für Wohlstand. Deshalb haben Arbeitnehmer, die einem Unternehmen ihre Leistungsbereitschaft, ihre Arbeitskraft und ihr Wissen zur Verfügung stellen, Anspruch auf Verlässlichkeit und Redlichkeit ihres Arbeitgebers und auf den Schutz vor Gewinnmitnahmedenken und Raubbau. Arbeitnehmer und Unternehmer sind Partner und Teil einer Verantwortungsgemeinschaft. Die verstärkte Beteiligung der Beschäftigten an Gewinn und Vermögen ihrer Firma ist das richtige Mittel, um diese wechselseitige Verantwortungsbeziehung zu stärken. Beteiligung an Gewinn und Kapital muss zum selbstverständlichen Lohn- und Gehaltsbestandteil weiterentwickelt werden.

Wir wollen, dass jeder Mensch in unserem Land den Lebensunterhalt für sich und seine Familie selbst erarbeiten kann und auch erarbeitet. Beste Bildungschancen für alle und lebenslange Qualifizierungsmöglichkeiten zu eröffnen, ist deshalb eine der herausragenden gemeinsamen Aufgaben von Politik,

Wirtschaft und Gesellschaft. Bildung ist ein klassischer bürgerlich-konservativer Wert. Jeder soll seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechend gefördert werden. Dies gilt für den Hauptschüler genau so wie für den Gymnasiasten. In einer modernen Wissensgesellschaft benötigen Arbeiter wie Akademiker eine bestmögliche und begabungsgerechte Bildung und Ausbildung. Wer alle über einen Kamm schert und damit nivelliert, beschneidet persönliche Entfaltungschancen und untergräbt das Leistungsprinzip. Die Entwicklung aller Begabungen jedes Einzelnen ist Ziel bürgerlich-konservativer Politik.

Darüber hinaus müssen wir den Menschen in diesem Land wieder mehr die Erträge ihrer Arbeit belassen. Wir brauchen deshalb so bald wie möglich ein einfacheres und gerechteres Steuersystem, das vor allem Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen entlastet. Nur so können die Menschen wieder mehr Eigenverantwortung übernehmen. Deshalb wollen wir die Gesamtsteuerbelastung der Bürger weiter senken. Auch die Lohnnebenkosten sind im internationalen Vergleich noch immer zu hoch. Jeder Spielraum zu Beitragssenkungen muss genutzt werden.

Wir stehen für eine wertebezogene Ordnungspolitik. Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft haben den Menschen in den Mittelpunkt der Wirtschaftswelt gestellt. Wir wollen keine staatlich gesteuerte Gerechtigkeit, die sich ohnehin nicht schaffen lässt, sondern politisch moderierte Fairness und Chancenvielfalt – für ein freies, aktives und sicheres Leben für alle.

5. Starker Staat – weniger Bürokratie

Die Sicherheit der Bürger zu garantieren, ist die vornehmste Pflicht des Staates. Ohne einen starken Staat wäre unsere freiheitliche Gesellschaft nicht organisierbar. Die Freiheitsordnung unseres Grundgesetzes muss sich auch dadurch bewähren, dass sie den Menschen Sicherheit gewährt. Dies gilt auch und gerade für Krisenzeiten. Freiheit ist ohne Sicherheit nicht denkbar. Der internationale Terrorismus stellt unser Land vor ganz neue Bedrohungen. Wir wollen keinen Überwachungsstaat, sondern eine wehrhafte Demokratie. Wir unterstützen nachdrücklich die Sicherheitspolitik von Wolfgang Schäuble und Günther Beckstein mit ihrem Ziel, dass unsere Sicherheitsbehörden auf gleicher Augenhöhe mit den Feinden der Freiheit operieren können. Online-Durchsuchungen, Videoüberwachung gefährdeter Orte, die Nutzung biometrischer Daten, der Einsatz der Bundeswehr im Inneren und eine DNA-Datei für alle Straftäter sind notwendige Instrumentarien, um auf eine veränderte Bedrohungslage zu reagieren.

Der starke Staat muss sich aber auch im Alltag bewähren. Delikte wie Ladendiebstahl oder Graffiti-Schmierereien dürfen nicht ohne Konsequenzen bleiben. Dies ist auch wichtig, um die Entstehung von sozialen Brennpunkten zu verhindern. Rechtsfreie Räume oder Stadtviertel, die von Polizei und Behörden aufgegeben werden, darf es nicht geben. „Null Toleranz“ gilt deshalb auch für den Besitz und den Konsum von Drogen. Die bisherige Praxis der Freigabe von Heroin auf Krankenschein ist ein fataler Irrweg.

Ein starker Staat schützt seine Bürger. „Opferschutz vor Täterschutz“ ist für uns mehr als eine leere Floskel. Das heißt auch, dass Sexualstraftäter so lange hinter Schloss und Riegel bleiben, bis von ihnen keine Gefahr mehr ausgeht. Für nicht-therapierbare Täter muss die lebenslange Sicherungsverwahrung der Regelfall werden. Jugendliche Serienstraftäter müssen die volle Härte des Gesetzes erfahren, um sie auf den richtigen Weg zurück zu bringen. Bei Heranwachsenden ist dem Sinn des Gesetzes wieder stärker Geltung zu verschaffen und in der Regel konsequent das Erwachsenenstrafrecht anzuwenden. Ausländer, die schwere Straftaten begangen haben, müssen damit rechnen, abgeschoben zu werden.

Zum Staatsverständnis eines modernen Bürgerlich-Konservativen gehört es aber auch, überflüssige Bürokratie zu hinterfragen. Ein überdehnter Staat ist kein starker Staat, sondern ein schwacher Staat. Es ist immer wieder die Frage zu stellen, was zwingende Aufgabe des Staates ist. Ein Neoetatismus, der auf alle neuen Herausforderungen mit neuen Aufgaben des Staates reagiert, ist abzulehnen. Gesetze und Verordnungen sind kein Selbstzweck. Sie müssen dem Bürger dienen und dürfen ihn nicht gängeln. Der Bürokratieabbau bleibt eine Daueraufgabe. Neue Gesetze sollten nach einer bestimmten Zeit auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Wir wollen einen schlanken, aber effektiven Staat. Das unterscheidet uns von den Linken, die aufgeblähte Apparate schaffen, aber die Kernaufgaben des Staates vernachlässigen.

IV. Bürgerlich-konservative Politik mit neuem Leben erfüllen

Freiheit selbstbewusst nutzen und Verantwortung für sich und andere übernehmen kann nur, wer sich eingebunden und sicher fühlt in einer intakten Gemeinschaft, sei es die Familie, seien es Vereine, die örtliche, landsmannschaftliche oder die Gemeinschaft am Arbeitsplatz. Bürgerlich-konservative Politik muss deshalb wieder sichtbarer dafür eintreten, dass bestimmte dauerhafte Grundsätze immer und für alle gelten und dass nur sie die Basis bilden für ein gutes gemeinschaftliches Miteinander. Bürgerlich-

konservative Politik muss zeitgemäß interpretieren, welche gemeinsamen und verbindlichen Überzeugungen die Gesellschaft tatsächlich zusammenhalten.

Die Beachtung und die Erneuerung dieser Überzeugungen sind Voraussetzung für eine lebendige Demokratie freier und solidarischer Bürger. Dazu gehören der Respekt vor den Leistungen, den Fähigkeiten, den Bedürfnissen und vor dem Eigentum anderer, Einsatz- und Leistungswille, Ehrlichkeit, Mäßigung und gegenseitige Rücksichtnahme, Achtung der Schöpfung, Anerkennung von Bewährtem und Gewachsenem.

Wir müssen diese Werte politisch wieder deutlicher vermitteln. Wir müssen die Menschen wieder neu dafür gewinnen und Verantwortung und Engagement einfordern. Wir müssen die bürgerliche Kultur mit neuem Leben erfüllen, Bürger wieder von Zuschauern zu Mitgestaltern machen. Das ist die Aufgabe bürgerlicher Politik in der Union. Das ist bürgerlich-konservativ!

Die Autoren:

Stefan Mappus MdL ist Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg und Stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg

Philipp Mißfelder MdB ist Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands

Dr. Markus Söder MdL ist Generalsekretär der Christlich-Sozialen Union in Bayern e.V.

Hendrik Wüst MdL ist Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union Nordrhein-Westfalen